

P r o t o k o l l
 über die öffentliche Sitzung
 des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr
 der Stadt Georgsmarienhütte vom 18.06.2014
 Rathaus, Oeseder Straße 85, Saal Niedersachsen, Raum-Nr. 181,

Anwesend:

Vorsitzender

Schoppmeyer, Thorsten

Mitglieder

Beermann, Volker

Böhle, Rolf

Büter, Rainer

Grothaus, Ludwig

Holz, Benedikt

Kraegeloh, Klaus

Pesch, Karl-Heinz

Vertretung für Herrn
Hebbelmann

Symanzik, Julian

Wallenhorst, Sandra

Noureldin, Nabil Dr.

Springmeier, Wolfgang

Lüchtfeld, Johanna

Fehlende Mitglieder

Vertreter für Herrn Lorenz
Vertreter für Herrn Korte
Vertretung für Frau Kir

Hebbelmann, Udo

Kir, Emine

Vertreten durch Herrn Pesch
Vertreten durch Frau
Lüchtfeld

Korte, Thomas

Vertreten durch Herrn
Springmeier

Lorenz, Robert

Vertreten durch Herrn
Noureldin

Verwaltung

Pohlmann, Ansgar

Reinersmann, Herbert

Kramer, Martin

Frühling, Manfred

Telkamp, Wolfgang

Protokollführer/in

Spieker, Thorsten

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:00 Uhr

Tagesordnung

TOP	Betreff
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung der Protokolle Nr. FB IV/05/2014 und FB IV/06/2014 über die öffentlichen Sitzungen des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 12. und 19.05.2014.
3.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
3.1.	Kita Harderberg
3.2.	Overberg-Carre
3.3.	Mühlenteich Kloster Oesede
3.4.	Vergabe "Breenbach"
3.5.	Veranstaltungshinweis "Holi-Farbrausch-Festival"
3.6.	Bau LSA L95 Abfahrt Hindenburgstraße
4.	67. Änderung Flächennutzungsplan Bereich "Naturschutzflächen Rittergut Osthoff" Ergebnis der Beteiligungsverfahren nach § 3 (2) BauGB und § 4 (2) BauGB Feststellungsbeschluss Vorlage: BV/117/2014
5.	Oeseder Möbelindustrie - Erneuerung Heizzentrale Antrag nach dem BImSchG - Stellungnahme der Stadt Georgsmarienhütte Vorlage: BV/135/2014
6.	Errichtung des Hochwasserschutzpolders und der Hochwasserschutzwände im Stadtzentrum und Entwicklungsmöglichkeiten der Fa. Wiemann Vorlage: BV/138/2014
7.	Städtische Friedhöfe - Maßnahmen auf den kommunalen Friedhöfen und an den Friedhofskapellen Vorlage: BV/136/2014
8.	Städtische Friedhöfe - Neue Bestattungsformen Vorlage: MV/048/2014
9.	Vorhaben der Kirchengemeinde St. Peter und Paul Vorlage: BV/137/2014

10. Unterhaltungsarbeiten an Straßen 2014 -
Maßnahmenprogramm Teil 1 / Zwischenbericht
Vorlage: MV/050/2014
11. Beantwortung von Anfragen
12. Anfragen
 - 12.1. LSA Hindenburgstraße
 - 12.2. Ampel statt Kreisel Hindenburgstr./Haseldehnen
 - 12.3. Verkehrssituation Schulstraße Harderberg
 - 12.4. Zufahrt "Gut Osthoff"
 - 12.5. Spielplatzoptimierungskonzept
 - 12.6. Hochstehender Gullydeckel oberhalb Sportplatz Harderberg
 - 12.7. Verstopfte Abflüsse Rundbahn Sportplatz Harderberg
 - 12.8. Hochstehende Gehwegplatten Waldstr. 52
 - 12.9. Kameraüberwachung für Bauhofgelände
 - 12.10. Verkehrsgefährdende Umfahrungsmöglichkeit der LSA Graf-Ludolf-Straße
 - 12.11. Geschwindigkeitsmessung Ortsausgang Richtung Hagen
a.T.w.

**1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der
Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der
Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende Schoppmeyer eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Entsprechend § 10 der Geschäftsordnung des Rates fragt der Vorsitzende an die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gerichtet, ob jemand zu einem Tagesordnungspunkt gehört werden möchte. Das ist nicht der Fall.

**2. Genehmigung der Protokolle Nr. FB IV/05/2014 und FB
IV/06/2014 über die öffentlichen Sitzungen des
Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und
Verkehr am 12. und 19.05.2014.**

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anmerkungen vorgetragen.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Das Protokoll Nr. FB/05/2014 und FB/06/2014 über die öffentlichen Sitzungen des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 12. und 19.05.2014 wird genehmigt.

3. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

3.1. Kita Harderberg

Herr Frühling erläutert anhand einer Planzeichnung, dass die Baugenehmigung nach Absprache mit dem Straßenbauamt erteilt wurde, trotz der unmittelbaren Nähe zur B 51.

3.2. Overberg-Carre

Herr Frühling teilt mit, dass die Genehmigungen für den Süd- und Westflügel des Overberg-Carres erteilt wurden. Die Genehmigung für den Ostflügel (Mehrfamilienhausbebauung mit Tiefgarage) steht noch aus.

3.3. Mühlenteich Kloster Oesede

Herr Reinersmann berichtet über die erneute Einbringung des Mittels SchlixPlus im Mühlenteich Kloster Oesede.

Im Gegensatz zum erstmaligen Einbringen, bei dem das Mittel durch oberflächliches Ausstreuen und Absenken auf den Schlamm erfolgte, wird das Mittel nun mittels Lanzentechnik direkt in den Schlamm eingebracht. Diese Methode hat sich als effizienter herausgestellt. Die Arbeiten wurden heute abgeschlossen. Die Arbeiten werden wieder vom Gewässerökologen begleitet. Die aktuelle Wassertiefe beträgt 1,0 bis 1,20 m. Die aktuell gemessenen Schlammdecken sind gegenüber dem Herbst 2013 unverändert.

3.4. Vergabe "Breenbach"

Herr Reinersmann teilt mit, dass auf der Grundlage der Förderzusage durch die Niedersächsische Landesbehörde für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz die Maßnahme zur Fließgewässerentwicklung „Wiederherstellung der Durchgängigkeit des Breenbachs“ gebaut werden kann.

Für die Planungen zu der Rahmenverlängerung am vorhandenen Brückenbauwerk wurde das Ingenieurbüro Tilebein beauftragt, die Tragwerksplanung (Statik) zu übernehmen.

Honorar LP 1 – 6 4.270,31 € Netto (5.081,67 € Brutto)

Für die Objektplanung der Rahmenverlängerung wurde ebenfalls das Ingenieurbüro Tilebein beauftragt.

Honorar LP 1 – 9 4.606,28 € Netto (5.481,47 € Brutto)

Für die Baumaßnahme wurde das Ingenieurbüro Dütemeyer mit der Bauüberwachung (LP 8) beauftragt.

Honorar LP 8 4.869,35 € Netto (5.794,53 € Brutto)

Die Freigabe durch das RPA liegt für alle Aufträge vor.

Die Ausschreibung läuft, Submission bis 22.07. 2014

Baubeginn voraussichtlich 01.09. 2014 Bauende voraussichtlich 30.11. 2014

3.5. Veranstaltungshinweis "Holi-Farbrausch-Festival"

Herr Reinersmann informiert über das am 12.07.2014 auf der Freifläche/Wiese „Im Spell“ in Oesede stattfindende 1. Holi-Farbrausch-Festival in Georgsmarienhütte.

Informationen unter:

www.holi-farbrausch.de

www.georgsmarienhuetten.de

3.6. Bau LSA L95 Abfahrt Hindenburgstraße

Herr Telkamp informiert darüber, dass die NLStBV an der L 95, Höhe Abfahrt zur K 302 / Hindenburgstraße eine neue Lichtsignalanlage bauen wird. Dies erfolgt in mehreren Bauabschnitten unter halbseitiger Sperrung der Straße (es wird eine Baustellenampel eingerichtet) sowie im späteren Verlauf noch Nacharbeiten auf dem Gehweg. Die Genehmigung wurde zunächst für den Zeitraum 02.06. – 20.06.2014 erteilt, laut Auskunft der Verkehrssicherungsfirma verschiebt sich die Maßnahme nun aber auf den Zeitraum 23.06.2014 – 16.07.2014.

4. 67. Änderung Flächennutzungsplan Bereich "Naturschutzflächen Rittergut Osthoff" Ergebnis der Beteiligungsverfahren nach § 3 (2) BauGB und § 4 (2) BauGB Feststellungsbeschluss Vorlage: BV/117/2014

Auf die Vorlage der Verwaltung wird verwiesen.

Der Ausschussvorsitzende lässt über die einzelnen Abwägungsvorschläge abstimmen:

1. Landkreis Osnabrück
Die Abwägungsvorschläge werden einstimmig angenommen
2. Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr

Herr Noureldin wirft ein, dass der Denkmalschutz keine ausreichende Berücksichtigung finden würde und das es gar keine Kompensationsflächen im betreffenden Bereich gäbe. Er sehe keine Lösungen für die Probleme. Der Abwägungsvorschlag wird mit 2 Gegenstimmen angenommen.

3. Landwirtschaftskammer Niedersachsen
Die Abwägungsvorschläge werden mit 2 Gegenstimmen angenommen.
4. Stadt Osnabrück
Die Abwägungsvorschläge werden mit 2 Gegenstimmen angenommen.
5. Wasserbeschaffungsverband Osnabrück-Süd
Der Abwägungsvorschlag wird mit 2 Gegenstimmen angenommen.

Herr Beermann hinterfragt die Art der Kompensationsfläche und ob Kompensationen auch für Eingriffe in Gewässer in Betracht kommen könnten, bezogen auf Düte und Zentrumsentwicklung.

Herr Reinersmann verweist auf die Fläche auf der gezeigten Karte. Ein Teil ist an einen Landwirt verpachtet. Hier erfolge eine Punktebewertung nach dem „Osnabrücker Modell“, welches somit grundsätzlich auch für Eingriffe in Gewässer angewandt wird.

Hierzu ist aber das in Auftrag gegebene Fachgutachten abzuwarten, da eine konkrete Bedarfsfestlegung aufgrund der zu kompensierenden FFH-Flächen der Düte erforderlich ist. Weitere Kompensationsflächen gebe es in Kloster Oesede und in Holzhausen.

Der Ausschussvorsitzende lässt sodann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Mehrheitliche Beschlussempfehlung bei 2 Gegenstimmen

Folgender Beschluss wird gefasst:

Nach Abwägung der im Verfahren vorgetragenen Stellungnahmen werden die 67. Änderung des Flächennutzungsplanes und die Begründung beschlossen.

5. Oeseder Möbelindustrie - Erneuerung Heizzentrale Antrag nach dem BImSchG - Stellungnahme der Stadt Georgsmarienhütte Vorlage: BV/135/2014

Auf die Vorlage der Verwaltung wird verwiesen.

Der jetzt vorgelegte Antrag ist als zweiter Abschnitt der 2010 begonnenen Modernisierung der Heizungsanlage vorgesehen.

Herr Frühling beschreibt die Lage der Heizzentrale innerhalb des Betriebes anhand von skizzierten Außenansichten und mehreren Plänen. Die bisherige Höhe des Schornsteines und des Spänebunkers werden jeweils um ca. 5 übertroffen.

Herr Beermann möchte wissen, warum der Leihkessel geringere Lärm-Immissionswerte hat als die modernisierte Heizanlage erzeuge.

Herr Frühling antwortet hierauf, dass in der Übergangs-/Bauzeit der Leihkessel eine geringere Wärmeleistung aufweisen muss, da hier nur die Produktionswärme nicht jedoch die Gebäudeheizung erforderlich sei. Hieraus resultieren geringere Lärm-Immissionen, die sich insgesamt positiv auf die Gesamtbelastung während der Umbauphase auswirken.

Herr Noureldin zitiert aus der Vorlage, dass die Anlage mit Produktionsresten befeuert werden wird. Dies hält er für sehr bedenklich. Weiterhin möchte er wissen, warum eine Höhe von 30 Metern für den Schornstein erforderlich sei, dies sei eine optische Beeinträchtigung des Zentrums. Die optischen Auswirkungen müsse man trotz der Gesetzeslage berücksichtigen und man könne hier nicht von einer städtebaulich vertretbaren Lösung sprechen.

Zur Frage der städtebaulichen Vertretbarkeit führt Herr Frühling aus, dass hier vordringlich die Frage des „Planbaren“ geklärt werden muss, um im Hinblick auf die „städtebauliche Vertretbarkeit“ zu einem Ergebnis zu gelangen. Insgesamt wären sowohl die Höhe der Werkhallen wie auch die Höhe der technischen Einrichtungen wie Spänebunker und Schornstein planbar und somit auch „städtebaulich vertretbar“.

Im Übrigen seien in vergleichbaren Bereichen, die durch einem Bebauungsplan überplant sind, gerade für technische Anlagen, wie Schornsteine oder z. B. Kranbahnen, keine Höhenbegrenzung festgesetzt worden, um eben den Produktions- oder auch emissionsrechtlichen Erfordernissen entsprechenden Freiraum zu geben.

Herr Beermann hält die Beschlussreihenfolge bezüglich der die Fa. Wiemann betreffenden Entscheidungen für sehr befremdlich. Man könne doch nicht erst über eine Modernisierung abstimmen und erst danach die Weichen stellen, ob der Betrieb zukünftig an dem Standort überhaupt weitergeführt werden kann.

Herr Frühling antwortet hierauf, dass über den vorliegenden Antrag innerhalb einer bestimmten Frist zu entscheiden ist. Des Weiteren stellt die Erneuerung der Heizzentrale eine bauliche Einheit mit dem seit einigen Jahren eingeleiteten Prozess dar.

Der Ausschussvorsitzende unterbricht die Sitzung in der Zeit von 18:30 Uhr bis 18:33 Uhr und erteilt Herrn Markus Wiemann zu TOP 5 das Wort.

Nach der Wiederaufnahme der Sitzung lässt der Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen, da keine weitere Beratung über die von Herrn Wiemann vorgetragenen Inhalte erfolgt.

Mehrheitliche Beschlussempfehlung bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen.

Folgender Beschluss wird gefasst:

Die Stadt Georgsmarienhütte stimmt dem vorliegenden Antrag der Firma Oeseder Möbelindustrie Matthias Wiemann GmbH & Co. KG, Glückaufstraße 20, 49124 Georgsmarienhütte, zur wesentlichen Änderung einer Anlage zur Erzeugung von Warmwasser zu.

Nebenbestimmungen werden nicht formuliert.

6. Errichtung des Hochwasserschutzpolders und der Hochwasserschutzwände im Stadtzentrum und Entwicklungsmöglichkeiten der Fa. Wiemann Vorlage: BV/138/2014

Auf die Vorlage der Verwaltung wird verwiesen.

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass der von der SPD/Die Linke-Fraktion angekündigte Fragenkatalog der Verwaltung vorgelegt und von dieser in der Beschlussvorlage weitgehend beantwortet wurde.

Der von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angekündigte Fragenkatalog wurde hingegen nicht vorgelegt.

Herr Reinersmann weist darauf hin, dass die vorgelegten Antworten zu den Fragen der „SPD / Die Linke – Gruppe“ nach dem derzeitigen Erkenntnisstand beantwortet wurden. Da sich der Planungsprozess jedoch entwickeln würde, seien erst zu einem späteren Zeitpunkt auch weitere vertiefende Antworten zu einigen aufgeworfenen Fragen möglich. Hierzu besteht allerdings das Erfordernis einer Grundsatzentscheidung für den Beginn der Einleitung des Prozesses, um letztlich im Wege der Plankonkretisierung auch die entsprechenden Aussagen treffen zu können.

Herr Frühling stellt die Lärm-Immissionspläne vor, aus denen deutlich veranschaulicht wird, dass in der Umgebung der Fa. Wiemann auch weitere Immissionsquellen, insbesondere

Straßen, zu Nutzungseinschränkungen der angrenzenden Flächen führen. Dieses vorausgeschickt werden erste Überlegungen zu möglichen Weiterentwicklungen aller Flächen in Zentrumsnähe in Form einer Tabelle zusammengestellt. Diese Tabelle ist im Verlauf weiterer Planungen fortzuentwickeln.

Herr Noureldin hält es für problematisch, dass man sich nur auf die Untersuchungsergebnisse der Fa. Zech stütze. Auch sehe er Eingriffe in das FFH-Gewässer. Ein Planfeststellungsverfahren würde ca. 18 Monate dauern.

Herr Schoppmeyer sieht für das weitere Verfahren 2 Möglichkeiten. Zum einen könne man den Hochwasserschutz unter Berücksichtigung und Beteiligung der Fa. Wiemann weiter betreiben und jetzt kurzfristig mit den konkreten Planungen beginnen, oder zum anderen auf einen Standortwechsel der Fa. Wiemann hinwirken. Voraussetzung wäre aber, dass für eine Umsiedlung auch tatsächlich Fördergelder zur Verfügung stehen.

Herr Reinersmann bestätigt, dass wasserrechtliche Genehmigungen eingeholt werden müssten. Die Länge eines eventuellen Verfahrens sei bekannt, daher sollte auch eine schnelle Entscheidung erfolgen.

Herr Springmeier weist darauf hin, dass Maßnahmen des Hochwasserschutzes längst überfällig seien. Vielleicht könnte man auch erstmal die entsprechenden Brückenbauwerke anpassen. Er sehe die Verquickung des Hochwasserschutzes mit den Interessen der Fa. Wiemann aber auch kritisch. Eine finanzielle Unterstützung aus Brüssel (EU) und/oder dem Land Niedersachsen, welches jährlich insgesamt nur ca. 40 Mio. EURO zur Verfügung stellt, ohnehin zu gering, um eine Umsiedlung des Gewerbebetriebes zu ermöglichen.

Herr Noureldin sieht den Hochwasserschutz an erster Stelle. Die Düte-Aue sei schon immer Überflutungsgebiet gewesen und die Gefahren würden trotz der Schutzmaßnahmen bleiben.

Herr Beermann spricht sich für kleine, aber bewusste Entscheidungen aus. Bereits jetzt seien große Flächen allein durch den Verkehrslärm belastet. Bei einer Erweiterung der Fa. Wiemann würde die Lärmbelastung weiter erhöht.

Er erinnert daran, dass man bei der damaligen Festlegung der Wohnformen im neuen Baugebiet „Auf der Nathe“ sich bewusst für zentrumsorientierte Eigentumswohnungen entschieden habe. Jetzt habe man aber eine deutliche Einschränkung der Planungshoheit. Man solle sich keine Illusionen machen, die Angelegenheit schnell abwickeln zu können. Die SPD/Die Linke-Fraktion würde grundsätzlich hinter der Fa. Wiemann stehen, aber man müsse die Probleme entsprechend thematisieren.

Herr Pohlmann antwortet hierauf, dass der Verwaltung die Zeitachse sehr wohl bewusst sei. Es müsse jetzt jedoch klar entschieden werden, ob eine Stadtentwicklung mit der Fa. Wiemann erfolgen solle.

Herr Springmeier hält den Hochwasserschutz und die Stadtentwicklung für erforderlich, aber diese sei auch getrennt möglich.

Herr Schoppmeyer hält eine Trennung dieser beiden Punkte nicht für möglich.

Herr Noureldin hat kein Verständnis für die Unmöglichkeit der Trennung. Die Fördergelder kämen schließlich aus Hannover und seien nicht dafür bestimmt, die Wünsche von Privatleuten zu finanzieren. Dies könne nicht rechtmäßig sein.

Der Ausschussvorsitzende lässt sodann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Mehrheitliche Beschlussempfehlung bei 3 Enthaltungen

Folgender Beschluss wird gefasst:

Die weitere Planung des Hochwasserschutzpolders im Stadtzentrum ist nach der Variante 2b der Machbarkeitsstudie vorzunehmen.

7. Städtische Friedhöfe - Maßnahmen auf den kommunalen Friedhöfen und an den Friedhofskapellen
Vorlage: BV/136/2014

Auf die Vorlage der Verwaltung wird verwiesen.

Herr Kramer erläutert die Vorlage.

Herr Springmeier kritisiert die Entscheidungsmüdigkeit. Die Anzahl der klassischen Erdbestattungen gehe zurück. Hier müssten langfristige Planungen zur Sicherung der Friedhöfe erfolgen.

Frau Lüchtefeld möchte wissen, welche Maßnahmen an oder in der Kapelle am Parkfriedhof erfolgen sollen.

Herr Reinersmann teilt mit, dass das Zentrale Gebäudemanagement den technischen und baulichen Zustand der Kapelle untersuche. Es liege jedoch noch keine Berichtsreife vor. Vorschläge zur Kapelle werden in einem zweiten Schritt erarbeitet und vorgelegt werden.

Herr Grothaus hinterfragt, ob das Programm, welches im Jahre 2012 beschlossen worden sei auch in den Jahren 2014/15 umgesetzt werden würde.

Herr Kramer bejaht dies.

Der Ausschussvorsitzende lässt sodann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Einstimmige Empfehlung des Beschlussvorschlages.

Folgender Beschluss wird gefasst:

- a) Der Mittelverwendung und der Durchführung der für 2014 geplanten Maßnahmen wird zugestimmt.
- b) Die Wege im Reihenfeld II sind zu sanieren. Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 10.000 € sind aus dem Etat des Fachbereichs zu finanzieren.
- c) Unter der Voraussetzung, dass im Haushalt 2015 die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden können, wird den für 2015 vorgeschlagenen Maßnahmen zugestimmt.

8. Städtische Friedhöfe - Neue Bestattungsformen
Vorlage: MV/048/2014

Auf die Vorlage der Verwaltung wird verwiesen.

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass es sich um eine Mitteilungsvorlage handele und fragt nach, ob noch Unklarheiten bestehen.

Frau Lüchtefeld möchte wissen, ob auch muslimische Bestattungen berücksichtigt worden wären.

Herr Kramer sieht die muslimischen Bestattungen als 3. Arbeitsschritt, den die Friedhofsverwaltung angehen werde, wenn die aktuell vorgestellten Arbeitsprogramme für Baumbestattungen und Urnengemeinschaftsanlagen aufgearbeitet werden könnten.

Die Punkte 1 und 2 seien kurzfristig umsetzbar.

9. Vorhaben der Kirchengemeinde St. Peter und Paul

Vorlage: BV/137/2014

Auf die Vorlage der Verwaltung wird verwiesen.

Herr Frühling erläutert die Vorlage anhand von Planzeichnungen für die Parkflächen und das Pfarrheim. Er weist abschließend auf die in 4 Wochen auslaufende Veränderungssperre für den Geltungsbereich des noch aufzustellenden Bebauungsplanes hin.

Herr Reinersmann erwartet vor diesem Hintergrund ein Meinungsbild des Ausschusses für die weitere Arbeit.

Herr Noureldin sieht ein Problem in Bezug auf das unter Denkmalschutz stehende Jugendheim. Auch der sich auf dem jetzigen Parkplatz befindliche Baumbestand müsse geschützt werden. Er möchte weiterhin wissen, ob es Neuigkeiten aufgrund von Gesprächen mit dem Eigentümer des Bolte-Hauses gebe. Weiterhin wolle er keine Abtrennung von der Stadtentwicklung, am besten keine Veränderungen und alles solle so bleiben wie es ist.

Herr Reinersmann antwortet, dass die regelmäßigen Gespräche mit dem Eigentümer des Bolte-Hauses aktuell zu keinen neuen Erkenntnissen geführt hätten. Des Weiteren weist er darauf hin, dass ein Antrag der Kirche bezüglich der Parkflächen vorliege, über den zu entscheiden sei. Man habe daher den Planungsvorschlag mit Parkmöglichkeiten unter der Talbrücke B51 erarbeitet.

Herr Beermann schlägt ein B-Planverfahren und ein weiteres Verfahren für das Pfarrzentrum vor. Er würde der kostengünstigeren Variante für das Anlegen von Parkflächen den Vorzug geben wollen.

Herr Reinersmann stellt klar, dass das Pfarrzentrum Bestandteil des B-Planverfahren ist, in diesen Bereichen neu auftretende Fragestellungen dürften nicht ausgeblendet werden.

Herr Holz stellt den Hintergrund der Beschlussvorlage klar. Sicherlich gebe es die kirchlichen Interessen, aber auch die Öffentlichen. Es sollte keine Abhängigkeit bei der Bestimmung der Ersatzparkflächen vom B-Planverfahren geben. Er hält die Berücksichtigung des ÖPNV aber für sehr wichtig. Wenn man sich für die Variante unter der Brücke entscheiden würde, sollte die Herstellung auch auf eine langfristige Nutzung ausgelegt werden.

Herr Reinersmann stellt klar, dass die Buswendeschleife bei den Planungen berücksichtigt wurde.

Herr Springmeier spricht sich dafür aus, die Fläche unter der Brücke attraktiv zu gestalten.

Herr Noureldin spricht sich für die kostengünstigere Variante unter der Talbrücke B51 aus.

Herr Schoppmeyer sieht in einer attraktiven Gestaltung der Parkfläche unter der Brücke auch die Möglichkeit, die Ortseingangssituation, aus Norden kommend, optisch zu verbessern.

Herr Beermann sieht bezüglich des Beschlussvorschlages für das Pfarrheim noch Diskussionsbedarf und schlägt eine geteilte Entscheidung vor. Der Punkt B „Pfarrheim“ solle zur weiteren Diskussion in die Fraktionen zurückverwiesen werden.

Dieser Vorschlag findet allgemeine Zustimmung.

Herr Pohlmann stellt noch einmal klar, dass die Frage zu beantworten ist, ob der Rat eine Bebauung befürworte und einen Bauteppich bereitstellen möchte, über dessen konkrete Ausgestaltung noch beraten werden könnte.

Der Ausschussvorsitzende lässt sodann über den Beschlussvorschlag B) „Pfarrheim“ abstimmen.

Folgender Beschluss wird gefasst:

A)

Alternative 2:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Vorplanung für den Bereich unter der B 51, Talbrücke, (auch für eine eventuelle abschnittsweise Realisierung) zu erstellen.

Der Beschlussvorschlag der Alternative 2 wird einstimmig angenommen.

B)

Alternative 1:

Eine Teilüberbauung des Parkplatzes wird Bestandteil des Plankonzeptes des Bebauungsplanes-Nr. 264 „Kirche St. Peter und Paul/Kolpingstraße“ und ist in der weiteren Planbearbeitung, mit anderen Belangen, z.B.: Raumbedarfe des ÖPNV; eigener und öffentlicher Einstellplatzbedarf; Wechselwirkungen mit den benachbarten Nutzungen; abzustimmen.

Alternative 2:

Der beantragte Neubau eines Pfarrzentrums der Kirchengemeinde St. Peter und Paul wird nicht Bestandteil des Plankonzeptes des Bebauungsplanes-Nr. 264, es bleibt bei der festgesetzten Widmung als Parkplatz.

Es erfolgte keine Abstimmung.

Verweis zur erneuten Beratung in die Fraktionen.

10. Unterhaltungsarbeiten an Straßen 2014 - Maßnahmenprogramm Teil 1 / Zwischenbericht Vorlage: MV/050/2014

Herr Schoppmeyer bedankt sich bei der Verwaltung für die ausführliche und verständliche Mitteilungsvorlage und stellt fest, dass keine Nachfragen zur MV im Ausschuss bestehen und diese somit vom Ausschuss zur Kenntnis genommen wird.

11. Beantwortung von Anfragen

Anfrage von Herrn Daudt in der Sitzung am 12.05.2014:
„Wie ist der aktuelle Stand der BVA Willebrand?“

Herr Frühling antwortete hierauf in der Sitzung:

„Es hat und es wird noch weitere Gespräche geben, über deren Ergebnis in absehbarer Zeit durch die Verwaltung im Ausschuss berichtet werden wird.“

Anfrage von Herrn Büter in der Sitzung am 19.05.2014:

„Wo sind die bereits vor geraumer Zeit an der Dröper-Schule entfernten Edelstahl-Geländer abgeblieben?“

Aufgrund von damals vorgesehenen Baumaßnahmen wurden die Geländer entfernt und auf dem Gelände des städtischen Bauhofes eingelagert.

Der zuständige Fachbereich III -Gebäudemanagement- hat hiervon Kenntnis.

12. Anfragen

12.1. LSA Hindenburgstraße

Herr Springmeier hinterfragt den in der Sitzung vom 20.01.2014 angekündigten Termin zum Beginn der Modernisierung der LSA Hindenburgstr./Haseldehnen/Parkstr.

Herr Telkamp antwortet hierauf, dass mit der Maßnahme aufgrund eines zuvor aufgetretenen personellen Engpasses nunmehr kurzfristig begonnen werden wird.

12.2. Ampel statt Kreisel Hindenburgstr./Haseldehnen

Herr Noureldin möchte wissen, warum im Kreuzungsbereich Hindenburgstr./Haseldehnen/Parkstr. weiterhin eine Ampelanlage betrieben werden soll und man nicht die Anlage eines Kreisverkehrs favorisiere.

12.3. Verkehrssituation Schulstraße Harderberg

Herr Symanzik weist auf die baustellenbedingte aktuelle verkehrliche Situation auf der Schulstraße hin.

Er fragt nach Möglichkeiten, dem zeitweise hohen Verkehrsaufkommen zu begegnen und schlägt selbst eine Einbahnstraßenregelung vor.

Herr Pohlmann antwortet hierauf, dass die Situation bekannt sei und von der Verwaltung beabsichtigt werde, eine Entspannung durch Anlegen eines Schotterparkplatzes zu erreichen.

12.4. Zufahrt "Gut Osthoff"

Herr Beermann erinnert daran, dass die Verwaltung/NLG überarbeitete Planungen für die Zufahrt zum Gut Osthoff vorlegen wolle.

Herr Reinersmann antwortet, dass hierfür aktuell keine personellen Kapazitäten bereit stehen. Man werde aber hierauf zurückkommen.

12.5. Spielplatzoptimierungskonzept

Herr Beermann erinnert an das beschlossene Spielplatzoptimierungskonzept und hinterfragt, ob inzwischen ehemalige Spielplatzflächen veräußert worden seien und wenn ja, inwieweit diese Einnahmen für die Modernisierung der bestehenden Spielplätze verwandt wurden.

12.6. Hochstehender Gullydeckel oberhalb Sportplatz Harderberg

Frau Lüchtfeld weist auf die Gefahr eines hochstehenden Gullydeckels oberhalb des Sportplatzes Harderberg hin und bitte um Gefahrenbeseitigung durch den Bauhof.

12.7. Verstopfte Abflüsse Rundbahn Sportplatz Harderberg

Frau Lüchtfeld weist auf verstopfte Abflüsse an der Rundlaufbahn des Sportplatzes Harderberg hin und bittet um Prüfung.

12.8. Hochstehende Gehwegplatten Waldstr. 52

Frau Lüchtfeld weist auf hochstehende Gehwegplatten vor ihrem Haus, Waldstr. 52, hin und bittet um Prüfung.

12.9. Kameraüberwachung für Bauhofgelände

Herr Holz regt an, eine Kameraüberwachung auf dem Gelände des Bauhofes aufgrund des erneuten Einbruches einzurichten.

12.10. Verkehrsgefährdende Umfahrungsmöglichkeit der LSA Graf-Ludolf-Straße

Herr Schoppmeyer weist auf die baustellenbedingte verkehrliche Situation auf der Graf-Ludolf-Straße in Kloster Oesede hin. Dort käme es durch Verkehrsteilnehmer, die die LSA umfahren aufgrund unangepasster Geschwindigkeit zu sehr gefährlichen Situationen.

12.11. Geschwindigkeitsmessung Ortsausgang Richtung Hagen a.T.w.

Herr Schoppmeyer regt aufgrund der Erfahrungswerte an, auch eine Geschwindigkeitsmessung auf der L95 in Richtung Hagen a.T.w. über einen längeren Zeitraum durchzuführen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.

Schoppmeyer
Vorsitz

i. A. Bürgermeister

Protokollführung